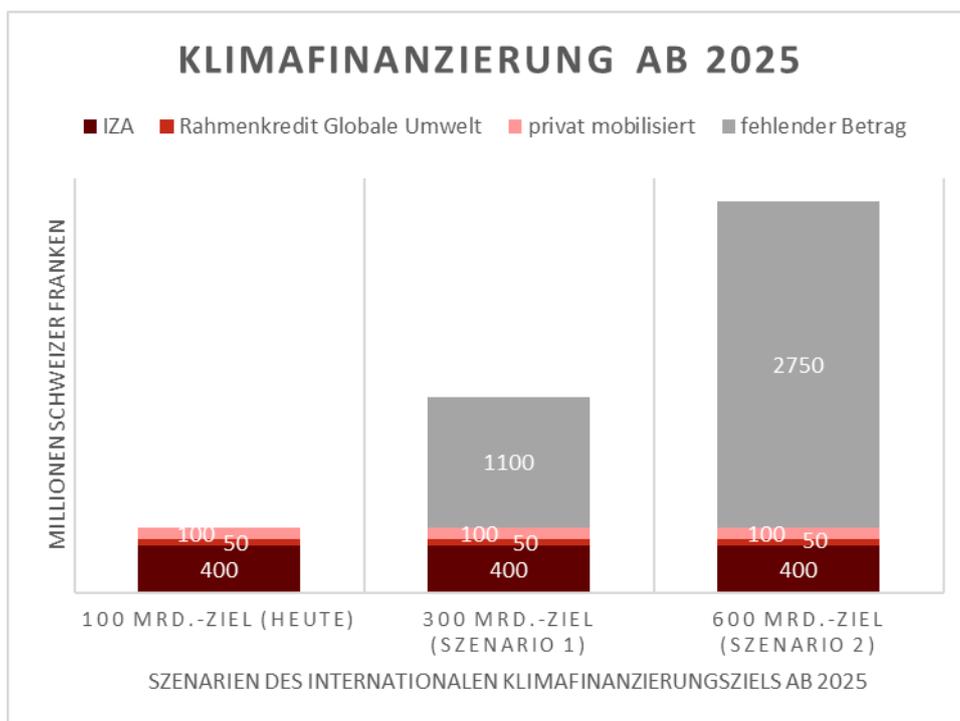


Bern, Juni 2023

Klimafinanzierung ab 2025: Wie finanzieren?

Worum geht es? Gemäss dem Pariser Klimaabkommen müssen die Industriestaaten die Entwicklungsländer finanziell dabei unterstützen, das Klima zu schützen und sich an den Klimawandel anzupassen – dies wird «Klimafinanzierung» genannt. Von 2020 bis 2025 sollten dafür jährlich 100 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt werden. **Bis Ende 2024 wird ein neues Ziel verhandelt, das ab 2025 gelten soll und den Voraussagen zufolge um ein Vielfaches höher ausfallen wird.** Würde sich das Finanzierungsziel nach dem realen Bedarf richten, müssten gemäss UNO bis 2030 allein für Klimaanpassung jährlich 340 Milliarden \$ gesprochen werden – und noch einmal mindestens so viel für die Reduktion der Treibhausgase. Es handelt sich um zusätzlichen Unterstützungsbedarf; somit werden *neue, zusätzliche* Gelder erwartet. Die dramatischen Auswirkungen der Klimaerwärmung auf die ärmsten Länder machen die Dringlichkeit der zusätzlichen Unterstützung deutlich.

Was ist der faire Anteil der Schweiz? Für das aktuelle 100-Milliarden-Ziel gibt es keinen Verteilungsschlüssel unter den Geberländern. Der Bundesrat rechnet mit einer **Mischung aus Verursacherprinzip und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit**. Indem er nur die Emissionen im Inland berücksichtigt, kommt er auf einen Beitrag von 450 - 600 Millionen \$ pro Jahr. Gemäss Angaben des Bundes machen aber die durch den Schweizer Konsum im Ausland verursachten Emissionen mehr als die Hälfte des Schweizer Klima-Fussabdrucks aus. Wenn die Schweiz ihre Verantwortung für Emissionen im Ausland wahrnehmen würde, müsste sie bereits jetzt 1 Milliarde \$ jährlich zur internationalen Klimafinanzierung beisteuern.



Grafik: Die fehlenden Beträge der Schweiz an die internationale Klimafinanzierung könnten ab 2025 je nach Szenario 1,1 Mrd. oder 2,75 Mrd. CHF pro Jahr betragen; dies entspräche dem dreifachen oder dem sechsfachen des heutigen Beitrags. (Grafik Alliance Sud)

Wie finanziert die Schweiz ihren Beitrag heute? In der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021-24 sind jährlich 400 Millionen CHF für Klimaprojekte vorgesehen. Dazu zählen Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken wie auch bilaterale Projekte im Klimabereich. Indem der Bundesrat sie zur Klimafinanzierung zählt, jedoch gleichzeitig als öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ausweist, zählt er den Hauptteil der Schweizer Klimafinanzierung doppelt, die Entwicklungsländer erhalten die Unterstützung aber nur einmal. Das sind keine zusätzlichen Gelder. Zusätzlich sind einzig die Schweizer Beiträge an globale Umweltfonds, die unabhängig von der internationalen Zusammenarbeit (IZA) gesprochen werden. Im Rahmenkredit Globale Umwelt 2023-26 bewilligte das Parlament jährlich knapp 50 Millionen Franken für die globalen Umweltfonds.

Was bedeutet dies für die Zukunft? Die Schweiz muss damit rechnen, dass ab 2025 die Klimafinanzierung auf ein Vielfaches (!) der heutigen 450-600 Millionen \$ erhöht werden muss. Der Fehlbetrag im Vergleich zu heute wäre damit im Milliardenbereich (s. Grafik). Ohne gesetzliche Anpassungen könnte die Klimafinanzierung nur mit der IZA oder durch Beiträge an die globalen Umweltfonds erhöht werden. Es ist aber keine Option, zusätzliche Millionen oder gar Milliarden aus dem bestehenden Budget der IZA für die Klimafinanzierung zu verwenden. Die IZA würde de facto massiv zu Lasten der Armutsbekämpfung gekürzt und könnte ihren Verfassungsauftrag nicht mehr erfüllen.

Was ist mit der verstärkten Mobilisierung von Privatinvestitionen? Bisher ist die Mobilisierung privater Mittel für die Klimafinanzierung nicht angehend so erfolgreich wie erhofft. **Trotz einer Vielzahl internationaler Förderinstrumente und Initiativen stagniert gemäss der OECD die Klimafinanzierung aus mobilisierten Privatmitteln seit 2017.** In der Schweiz wurden 2016-2020 durchschnittlich rund 100 Millionen Franken private Mittel, grösstenteils durch die Schweizer Exportrisikoversicherung, mobilisiert. Es zeigen sich deutliche Grenzen:

- Privatinvestitionen beschränkten sich 2016-2020 zu 86% auf die Bekämpfung des Klimawandels. Nur 4% der mobilisierten privaten Mittel förderten Klimaanpassung. Bei Anpassungsprojekten (z. B. für Mangroven als Küstenschutz oder im Gesundheitsbereich) gibt es keine unmittelbare Rendite und daher praktisch keine Privatinvestitionen.
- Mobilisierte Privatmittel für die Klimafinanzierung flossen 2016-2020 gemäss OECD zu 55% in lediglich 10 Länder mittleren Einkommens; nur 5% flossen in Länder mit tiefem Einkommen. Für Privatinvestitionen in die ärmsten Länder bleiben die Risiken trotz Subventionierung mit staatlichen Geldern zu hoch.

Eine verstärkte Förderung der Mobilisierung privater Mittel als einzige Antwort würde den steigenden Bedürfnissen der Klimafinanzierung nicht gerecht, da die Klimaanpassung und die Unterstützung der ärmsten Länder massiv vernachlässigt würden.

Was also braucht es für die künftige Klimafinanzierung ab 2025?

Der Bundesrat muss zum Inhalt und der Finanzierung der künftigen Klimafinanzierung eine Strategie ausarbeiten. Er muss geeignete Gesetzesänderungen in Betracht ziehen, damit ein Vielfaches der heutigen Klimafinanzierung dank zusätzlichen Finanzierungsquellen bereitgestellt werden kann. **Verursachergerechte Instrumente könnten zusätzliche Einkünfte generieren**, um eine längerfristige Finanzierung der künftigen internationalen Verpflichtungen sicherzustellen.

Kontakt: Alliance Sud, Delia Berner, delia.berner@alliancesud.ch, 031 390 93 42